



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

55. Sitzung (öffentlich)

3. Juli 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 16:25 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 Sie sind in Nordrhein-Westfalen willkommen! – Berufsanerkennungsverfahren verbessern und im Sinne der antragstellenden Menschen weiterentwickeln | 8 |
| Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3805 | |
| Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6602 | |
| <u>In Verbindung mit:</u> | |

Integration beginnt mit Ausbildung und Arbeit – Bewährtes bewahren, Ideen entwickeln, Unterstützung leisten

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4113

Ausschussprotokoll 17/558

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Antrag – Drucksache 17/3805 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD an.

Der Ausschuss nimmt den Entschließungsantrag – Drucksache 17/6602 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD an.

Der Ausschuss nimmt den Antrag – Drucksache 17/4113 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

2 Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen – Wir benötigen eine psychiatrische Präventionsambulanz für Risikopatienten 10

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5074

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

3 Subventionen gezuckerter Milchprodukte stoppen – Das Schulmilchprogramm muss neu konzipiert werden und die Gesundheit unserer Kinder in den Fokus rücken. 11

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5360

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück.

4 Genitalverstümmelung – wirksame Hilfe für die Opfer 12

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5071

Ausschussprotokoll 17/648

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

5 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch 14

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5066 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/673

– Auswertung der Anhörung

6 Assistenz im Krankenhaus für Menschen mit Behinderung sichern – Gesundheitliche Versorgung menschenrechtskonform gestalten 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6581

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss einigt sich auf die Durchführung einer Anhörung.

7 Guter Start in den Sozialen Arbeitsmarkt in NRW – schwarz-gelbe Landesregierung muss alles geben, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen! 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6589

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, bereits heute über den Antrag abzustimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

8 Hospizarbeit und Palliativversorgung in Nordrhein-Westfalen – das Lebende menschenwürdig und angstfrei gestalten 20

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6593

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss einigt sich auf die Durchführung einer Anhörung.

9 Unterstützung für alleinerziehende Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen stärken! 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6254

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

10 Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau wieder einführen 22

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6268

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

11 Verschiedenes 23

a) **Von der Fraktion der AfD beantragter Tagesordnungspunkt und Bericht zu „Finanzielle Schieflage der Kliniken der Stadt Köln“ (s. Anlage) 23**

b) **Informationen zu Terminen für Anhörungen 23**

* * *

11 Verschiedenes

a) Von der Fraktion der AfD beantragter Tagesordnungspunkt und Bericht zu „Finanzielle Schieflage der Kliniken der Stadt Köln“ (s. Anlage)

Vorsitzende Heike Gebhard erklärt, der Antrag sei nicht innerhalb der Frist eingegangen, und erkundigt sich, ob Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) heute schon etwas zu dem Thema ausführen könne.

Er kenne ebenfalls lediglich die in der Presseberichterstattung genannten Informationen, entgegnet **Minister Karl-Josef Laumann (MAGS)**. Weder ein Vertreter der Stadt Köln noch jemand anderes habe sich bisher mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt.

Es sei bekannt, dass Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, eine Zusammenlegung oder Zusammenarbeit der Universitätsklinik und der städtischen Kliniken in Betracht gezogen habe. Diesbezüglich stehe aber noch nichts fest, sondern es gebe lediglich in der kommenden Woche einen Termin. Die Stadt müsse an der Situation der Kliniken etwas ändern. Vergleichbare Kliniken erzielten bessere Zahlen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) meint daraufhin, ihre Fraktion werde dem Ministerium mitteilen, ob der Berichtswunsch bestehen bleibe.

b) Informationen zu Terminen für Anhörungen

Vorsitzende Heike Gebhard gibt bekannt, in der Obleuterunde habe man die Anhörung zum „Zweiten Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes“ – Drucksache 17/5978 – auf den 4. September 2019 von 11 Uhr bis 13 Uhr terminiert.

Die Anhörung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Wohnungslosigkeit von Frauen entgegen wirken – Hilfeangebote flächendeckend ausbauen – Ursachen beseitigen“ – Drucksache 17/5384 – solle am 30. Oktober 2019 von 10 Uhr bis 12 Uhr und nach einer halbstündigen Pause am gleichen Tag von 12:30 Uhr bis 14:30 Uhr die Anhörung zum „Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes“ – Drucksache 17/5587 – stattfinden.

Am 4. Dezember 2019 plane man zudem die Durchführung der Anhörung zum Antrag der Fraktion der SPD „Kinderarmut bekämpfen – NRW setzt sich für Kindergrundversicherung ein“ – Drucksache 17/6253 – von 11 Uhr bis 13 Uhr.

gez. Heike Gebhard
Vorsitzende

Anlage

30.09.2019/01.10.2019

73

